

# Falls Ihnen das Lachen noch nicht vergangen ist

Ein paar Urlauber fliegen in einem Ballon. Sie geraten in Nebel und verlieren die Orientierung. Als es sich aufklart, sehen sie unten den Bundeskanzler. Sie gehen tiefer und rufen: „Wo sind wir?“ Der Kanzler schaut lange nach oben, bis er schließlich antwortet: „Sie sind in einem Ballon!“. Typisch Kanzler, sagt einer der Ballonfahrer: 1.) Die Antwort hat ewig gedauert, 2.) sie ist unwiderlegbar, 3.) sie ist völlig unbrauchbar.

Was haben Walter Ulbricht und Gerhard Schröder gemeinsam? Ganz einfach, Ulbricht wollte nie eine Mauer bauen, Schröder nie die Steuern erhöhen.

Frage: Warum darf das Bild von Gerhard Schröder auf keine Briefmarke? Antwort: Weil sonst die Post Pleite geht.

„Bundeskanzler Schröder begegnet einem Muli. Fragt das Muli: Wer bist Du? Sagt Schröder: Ich bin ein Bundeskanzler. Sagt das Muli: Dann bin ich ein Rennpferd!“

Schröder und Eichel gehen in Berlin spazieren und kommen an der Auslage eines Geschäftes vorbei. Schröder : „Schau mal Hans, die Ergebnisse unserer Spar- und Wirtschaftspolitik: Eine Hose zehn Euro, eine Jacke 15 Euro und ein Mantel 50 Euro.“ Darauf Eichel verlegen: „Gerhard, das ist doch die Auslage einer chemischen Reinigung.“

Ein „Schröder“ ist die Zeiteinheit zwischen der Bekanntgabe eines Gesetzes und dessen Rücknahme!

Gesehen bei [www.focus.de](http://www.focus.de) mit weiteren Witzen (dr).

# MOTOR für WACHSTUM

Fortsetzung von Seite 1

## Für mehr Wachstum und Beschäftigung brauchen wir vernünftige Reformen in der Sozialpolitik – denn sozial ist, was Arbeit schafft. Das ist unser Konzept:

1.

### Mehr Anreize für Arbeit:

Wer arbeitet, soll mehr in der Tasche haben als wenn er nicht arbeitet.

• Die Voraussetzungen für den Bezug von Leistungen im Fall der Arbeitslosigkeit sind strenger zu fassen. Künftig soll die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes im Regelfall bis zu 12 Monate betragen, mit einer höheren Zahl an Beitragsjahren soll diese Leistung auf höchstens 18 Monate ausgedehnt werden. Aus Vertrauensschutzgründen und wegen der gegenwärtigen, von Rot-Grün zu verantwortenden Wirtschafts-

und Arbeitsmarktlage soll für einen Übergangszeitraum ein maximaler Leistungsanspruch von 24 Monaten bei 40 Beitragsjahren bestehen, sofern nicht der Arbeitgeber zusätzliche Leistungen erbringt.

• Die Arbeitslosen- und Sozialhilfe wollen wir auf dem Niveau der Sozialhilfe zusammenlegen. Wenn eine zumutbare – auch gemeinnützige – Arbeit abgelehnt wird, soll die Hilfe um 30 Prozent gekürzt werden.

2.

### Mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt:

Wir wollen Reformen beim Kün-

digungsschutz, von der beide Seiten profitieren. Denn wenn wieder mehr Betriebe Neueinstellungen wagen, haben die Arbeitnehmer größere Chancen auf einen Job.

• Bei Neueinstellungen wollen wir daher die Grenze für den gesetzlichen Kündigungsschutz auf 20 Mitarbeiter heraufsetzen.

• Ein „Optionsmodell“ soll Arbeitnehmern die Möglichkeit geben, bei Neueinstellung zwischen dem herkömmlichen Kündigungsschutz und einer Abfindungsregelung zu wählen. Der Schutz für bereits bestehen-

de Arbeitsverhältnisse bleibt bestehen.

• Für alle Existenzgründer – unabhängig von der Unternehmensgröße – entfällt während der ersten vier Jahre ihrer Existenz der Kündigungsschutz für ihre Mitarbeiter.

3.

### Mehr Chancen für betriebliche Bündnisse für Arbeit:

Geschäftsführung und Arbeitnehmer eines Unternehmens sollen sich auf Regelungen verständigen können, die vom Rahmentarifvertrag abweichen – wenn dadurch Arbeitsplätze gerettet oder geschaffen werden.

# Mehr Integration - weniger Zuwanderung!

Fortsetzung von Seite 1

Jeder Ausländer, der nach geltendem Recht in die Bundesrepublik Deutschland kommen könne, werde es auch nach den Vorstellungen der Regierung tun können. „Es gibt keinerlei Beschränkungen“, kritisierte Bosbach. 128 Änderungsanträge der CDU/CSU-Fraktion hatte die rot-grüne Mehrheit im Innenausschuss komplett abgelehnt.

Der Union geht es um ein gesellschaftliches und kulturelles Miteinander zwischen Deutschen und Ausländern und nicht um Parallelgesellschaften und Ghetto-

bildung. Von diesem Ansatz sei der Regierungsentwurf leider weit entfernt, sagt die Union. Die

Sprachkompetenz ausländischer Kinder gehe immer mehr zurück, die Gewaltkriminalität ausländi-

scher Jugendlichen nehme ständig zu. Daher müssten jetzt zunächst die bestehenden Probleme angepackt werden, statt neue Probleme mit neuer Zuwanderung zu schaffen. Die CDU und CSU sind der Auffassung, dass vor dem Hintergrund von 4,6 Millionen Arbeitslosen und der Tatsache, dass im Zuge der EU-Osterweiterung ohnehin mit erheblicher Binnenmigration zu rechnen sei, der Ansatz des rot-grünen Zuwanderungsgesetzes, Zuwanderung massiv auszuweiten, verfehlt ist.

## KERNFORDERUNGEN DER UNION

Das Gesetz muss eine wirksame Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung beinhalten.

Zuwanderung in den Arbeitsmarkt darf nicht ohne wirkliches nationales Arbeitsmarktbedürfnis erfolgen.

Humanitäre Zuwanderung muss auf den Anwendungsbereich der Genfer Flüchtlingskonvention begrenzt bleiben.

Nicht nur Neuzuwanderer, sondern auch die hier bereits rechtmäßig lebenden Ausländer müssen integriert werden.

## EUROPA UND AMERIKA

# WOHIN DES WEGES?

„Die künftigen sicherheitspolitischen Ansätze und Strategien werden das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Europa entscheidend beeinflussen“, so der Berliner Europaabgeordnete Ingo Schmitt (CDU). Die Fragen der gemeinsamen Sicherheit, des europäischen Verteidigungshaushalts, der Terrorbekämpfung und der Verstärkung des Dialogs zwischen der EU und den USA wurden insbesondere vor dem Hintergrund des 11. September kontrovers diskutiert. Europa müsse seine Rolle in der Welt auf dem Terrain der Verteidigungspolitik definieren. Schmitt fragt

dabei: „Wollen wir die Supermacht Nummer zwei und möglicherweise Konkurrent der USA werden? Wollen wir den Platz eines Juniorpartners der USA einnehmen? Diese Wege sind sicherlich falsch.“ Seine Antwort: „Ich denke, wir sollten versuchen, gemeinsame eigenständige Positionen, etwa im Bereich der Konfliktprävention, zu entwickeln.“ Die EU befinde sich derzeit im Anfangsstadium der Entwicklung einer gemeinsamen Sicherheitspolitik. So wurde unter anderem mit der Aufstellung einer gemeinsamen schnellen Eingreiftruppe begonnen. Im Endeffekt müsse die EU fähig sein, den

globalen Herausforderungen begegnen zu können. Essentiell sei die Herstellung eines politischen Gleichgewichts der beiden weltweit größten Handelspartner. Etwaige Probleme müssten mittels struktureller Veränderungen, nicht aber durch punktuelle Einzelaktionen gelöst werden. „Die Europäische Union muss ihren großen

Schwachpunkt im Umgang mit den Vereinigten Staaten beseitigen: sie muss zukünftig mit einheitlicher Stimme sprechen“, schloss Ingo Schmitt.



Ingo Schmitt mit Hartmut Nassauer, Vorsitzender CDU/CSU-Gruppe im Europa-Parlament